Nummer 174. XXVI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Montag, 5. April 1897.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Fürst Bismarck wieder in Ungnade?

Fürst Bismarck hat zu seinem Geburtstage vom Kaiser keinen Glückwunsch nicht empfangen. Ebenso wenig hat er „das geringste Zeichen des Gedenkens am 2. März" erhalten. So „stellen" die „Leipziger Neuesten Nachrichten", die es bei ihrer Verbindung mit Friedrichsruh wissen können, „auf Grund unanfechtbarer Thatsachen fest. Nebenbei sei bemerkt, daß das Bismarck-Organ die Frage aufwirft, wie das „offiziöse" Wolffsche Büreau wohl dazu gekommen sei, das Gegentheil zu melden, und daß es weiter meldet, in Friedrichsruh seien schon bis zum 2. April über 100 Glückwunsche eingegangen.

Daß die Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck seit dessen Entlassung kaum wieder sonderlich gute geworden sind, darüber sind wir nie im Unklaren gewesen. Der offene Kampf, den Fürst Bismarck, namentlich auf dem „Triumphzuge" durch Deutschland im Jahre 1892, gegen den neuen Kurs führte, mußte den Kaiser zu sehr gekränkt haben, daß eine solche Freundschaft zwischen dem Monarchen und dem ersten Reichskanzler hätte wieder entstehen können, die sie vordem den Letzteren mit dem Prinzen Wilhelm zu Zeiten des alten Kaisers verband, und das unbeschadet des Umstandes des Fürsten Bismarck im königlichen Schlosse zu Berlin, als die Reichskanzlerschaft Caprivis ihrem Ende zuneigte.

Freilich wurden die Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruh äußerlich wieder besser, als die Feier der Vollendung des achtzigsten Lebensjahres des Fürsten Bismarck herannahte. Als die Majorität des Reichstages im März 1895 eine offizielle Beglückwünschung des Fürsten Bismarck durch das Haus ablehnte, sandte der Kaiser, wie erinnerlich, ein in scharfen Ausdrücken den Reichstag kritisirendes Telegramm an den Schloßherrn von Friedrichsruh. Und wenige Tage darauf, am 26. März, bereitete der Monarch dem ersten Reichskanzler eine glänzende Ovation. Da diese aber einen ausgesprochen militärischen Charakter hatte, und Fürst Bismarck, obgleich er einst den Beruf des Soldaten dem des Diplomaten voran stellte, der Ansicht war, daß in ihm eigentlich der Staatsmann und nicht der Generaloberst hätte gefeiert werden müssen, so begannen die guten Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem alten Kanzler schon wieder an dem Tage, wo sie äußerlich am glänzendsten vor der Welt dokumentirt waren, deutlich zu erkalten. Wie es um die „Aussöhnung" in Wirklichkeit stand, konnte Jeder, der damals dem Abschied des Kaisers vom Fürsten Bismarck beiwohnte, mit Augen sehen: die überaus freundlichen Grüße, die der Kaiser aus dem Hofzuge dem auf dem Perron stehenden Fürsten zuwinkte, wurden von einem in Wahrheit eisernen Kanzler in der förmlichsten Weise militärisch erwiedert. Und als nun die sehr kühle Antwort des Fürsten auf den Toast des Kaisers durch den Telegraphen bekannt gegeben wurde, da wußte jeder Politiker, daß von einem wirklich herzlichen Einvernehmen zwischen dem Monarchen und seinem ersten Reichskanzler nicht die Rede sein könne.

Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die allmälige Entfremdung zwischen den beiden Stellen dem Ausbruch aller Beziehungen Platz machte, als Fürst Bismarck seine Enthüllungen über den Rückversicherungsvertrag mit Rußland zum Besten gab. Diese Ansicht vertritt auch ein eifriger Bismarckverehrer, der Professor Horst Kohl. Er sagte in einer Rede, die er am 22. März dieses Jahres in Leipzig hielt, in Anknüpfung an den „Verweis", den der „Reichsanzeiger" dem Fürsten wegen der Enthüllungen über jenen Vertrag ertheilt hatte:

„Abermals wurde in augenfälliger Weise dem Bismarckschen Hause bewiesen, daß die Gnade des Souveräns ein Geschenk sei, das jeden Tag wieder genommen werden kann."

Fürst Bismarck ist wieder in Ungnade, das sagen seine treuesten Anhänger, seine begeistertsten Verehrer ganz offen, und an der Thatsache kann nicht gezweifelt werden. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß ein Staatsmann, der nicht häufig genug betonen konnte, daß er der treueste Diener der Monarchie sei, gegen den Schluß seines Lebens an sich erfahren mußte, wie nicht immer Derjenige als der treueste Vasall betrachtet wird, der sich so genannt hat.

Im Schmollwinkel.

Man schreibt uns aus Reuß (ältere Linie):

In deutschen Reiche giebt es heute noch einen Duodezstaat, der seit 1866 sich noch auf dem Kriegsfuße mit Preußen befindet. Wenn er sich auch zu schwach fühlt, Flinte und Säbel gegen den verhaßten Feind zu führen, so setzt er doch seine Feindseligkeiten ununterbrochen fort, wie wir in diesen Tagen wieder erlebt haben. Als die Fürstin Karoline im Juni 1866 ihr Halbbataillon gegen Preußen mobilisirte, gedachte sie, sich blutig an Bismarck zu rächen. Bekannt ist die Anglegenheit, die der „Kladderadatsch" mit der erlauchten Mutter des jetzt regierenden Fürsten hatte. Der Redakteur Dohm hatte bereits an dem so viel besungenen „Markte der Molken" seine Haft größtentheils überstanden, als ihm der Rest der Strafzeit erlassen wurde durch Vermittelung des Herrn v. Bismarck, und bei diesem hatte kein Geringerer ein gutes Wort eingelegt als Kaiser Alexander II., der, in Berlin eingetroffen, schon auf dem Bahnhof sich den Kladderadatsch kaufte und die Verse las, die Dohm vom „Markte der Molken" her in sein Wochenblatt eingesandt hatte.

Der jetzt regierende Fürst Heinrich XXII. hat dem Fürsten Bismarck einen kleinen Coup noch heute nicht vergessen. Es war nach dem Kriege von 1871, da erschien in Zeulenroda, einem Städtchen im Fürstenthum Greiz, ein Blatt, das den Titel „Reußische Blätter" und am Titelkopf das fürstlich reußische Wappenschild führte. Nun machten sich die „Reußischen Blätter" durch ihre oppositionelle, das heißt nationale Haltung der fürstlichen Regierung in Greiz mißliebig. Da man deuselben mittelst des Preßgesetzes nicht beikommen konnte, sofern die „Reußischen Blätter" blos durch ihre Gesinnung Anstoß erregten und dem Strafrichter keine Handhabe zur Verfolgung boten, so sollten dieselben wenigstens nicht befugt sein, das fürstliche Wappen zu führen, und für dieses Verbot berief sich das Justizamt in Zeulenroda auf das reußische Gesetz, betreffend den Gebrauch „fremder Fabrikmarken". Die Redaktion des so gemaßregelten Blattes wandte sich an den Reichskanzler in Berlin und fragte ehrerbietig an, ob die reußische Regierung befugt sei, ihr die Führung des fürstlichen Wappens zu untersagen, und ob dasselbe als ein „Fabrikzeichen" angesehen werden könne. Kurze Zeit darauf erhielt der Verleger der „Reußischen Blätter" aus dem Reichskanzleramte in Berlin ein sehr höfliches Schreiben etwa des Inhalts: Der Herr Reichskanzler sei zur Entscheidung der Frage, wie weit ein fürstliches Wappen als „fremde Fabrikmarke" angesehen werden müsse, deren Gebrauch verboten sei, nicht kompetent, er empfehle aber dem Verleger, um sich aus der Affäre zu ziehen, die Führung des deutschen Reichswappens über dem Titel seiner Zeitschrift, einer solchen stände absolut nichts entgegen, wenigstens von Reichswegen nicht. Im Verlag der „Reußischen Blätter" gab es großen Jubel ob dieses Schreibens. Sofort verschwanden der Kranich und andere hundsähnliche Ungethüme, welche die reußischen Wappenfelder zieren, von der Titelseite, und die Zeitung erschien mit dem Reichsadler! Ganz Zeulenroda stand überrascht da, als es die erste Nummer mit dem neuen Titelkopf sah.

Was das Justizamt von Zeulenroda und der fürstliche reußische Hof dazu sagten, läßt sich denken. Fürstin Karoline lebte noch und gedachte des Schutzes, den der „Kladderadatsch" beim Zaren von Rußland und beim Fürsten Bismarck gefunden hatte.

König Ludwig II. und das deutsche Reich.

Ueber das Verhältniß des baierischen Königs zur Aufrichtung des deutschen Reiches bringt die „Deutsche Revue" (Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart) aus der Feder von Luise v. Kobell einige interessante Mittheilungen:

„Diejenigen," heißt es daselbst, „welche die Persönlichkeit des groß angelegten unglücklichen Königs nicht verstehen, halten seinen späteren sogenannten Wankelmuth in der deutschen Sache für willkürliche Laune, indeß derselbe nur das Ergebniß der Nichterfüllung schwärmerischer und sanguinischer Pläne und Erwartungen war. — Zur historischen Gerechtigkeit in dieser Beziehung mögen folgende Zeilen beitragen.

Von deutscher Gesinnung beseelt, ließ Ludwig II. am 16. Juli 1870 nach einer Berathung mit seinem Kabinetschef Eisenhart den Befehl zur Mobilmachung ergehen. Dank der von dem Kriegsminister v. Prauch durchgeführten Verbesserung der Heeresorganisation ward der Befehl sofort zur That. Als eine ununterbrochene Kette von deutschen Siegen kann der Krieg von 1870 bezeichnet werden.

Nun handelte es sich um Angliederung der süddeutschen Staaten an den bereits bestehenden Norddeutschen Bund, und zu diesem Zwecke wurden in Versailles eingehende Verhandlungen eröffnet.

Preußen beherzigte die alte Fabel von dem Bündel, das man nicht im Ganzen brechen kann, wohl aber, wenn man die Stäbe einzeln bricht. Es verhandelte einzeln mit jedem der süddeutschen Staaten, mit Baiern zuerst. „O, das Württemberg," sprach erregt Ludwig II., „warum wurde mit diesem Lande, mit Baden und Hessen zuerst abgeschlossen und kann erst mit meiner Regierung?" Seine Freude am deutschen Reich umschattete sich. Seinem Sinne nach sollte kein Reichsland aus dem eroberten Elsaß-Lothringen errichtet, sondern dieses vertheilt werden. „Hauchen Sie Bray den tüchtigen Elan ein," ermahnte er einen der Herren seiner Umgebung, „damit es seinen Bemühungen gelinge, die badische Pfalz und eine Erweiterung der Rheinpfalz für Baiern zu erlangen." — Allein der höchste Elan hätte zur Erreichung dieses Zieles nie genügt. Das Scheitern seines Wunsches verdüsterte abermals Ludwigs II Freude am deutschen Reich.

Des preußischen Staatsministers Delbrück offizielle Einladung (22. September 1870) zu einer Fürstenzusammenkunft in Versailles blieb ohne Erfolg — Fürst Pyrmont, welcher bald in gleicher Mission eine Audienz bei Ludwig II. nachsuchte, wurde wegen Unwohlseins des Königs nicht empfangen. Infolge Erkrankung an einer Sehnenverdrehung begab sich der König nicht nach Versailles.

Nun schwirrte die vorhin erwähnte Kaiserproklamation in der Luft.

Die Kaiserkrone übte einmal wieder ihre magnetische Kraft aus, auch auf Ludwig II., dessen Neigung es entsprochen hätte, daß die Krone abwechselungsweise von einem Hohenzollern und von einem Sprossen des ältesten Fürstengeschlechtes in Europa, einem Wittelsbacher, getragen würde. Geschichtliche Erinnerungen führten ihm Ludwig den Baier vor, Ruprecht III. von der Pfalz, Karl Albrecht, der über 370 souveräne Fürsten und Stände gebeerscht", zu. Auch dieser Wunsch blieb unerfüllt.

Durch dringende Vorstellungen seiner Minister sowie durch eigene Erwägung der Sachlage gewann der König die Ueberzeugung, daß es ihm als dem zweitgrößten Souverän Deutschlands obliege, die Kaiserkrone dem Könige von Preußen anzubieten. Ludwig II. zweifelte nicht, daß, wenn er es unterließe, ein anderer Fürst diesen Antrag stellen und Baiern nachträglich beigestimmen haben würde. Die seinemzufolge Initiative war folglich geboten. Sowohl Graf Bray wie Graf Holnstein wurde von dem Könige beauftragt, eine diesbezügliche Unterredung mit Bismarck zu führen; Ludwig II. setzte die Agnaten seines Hauses von seiner Absicht in Kenntniß und holte deren Ansichten ein. Gleichzeitig hieß er seinen Kabinetschef Eisenhart mit den in München befindlichen Ministern wegen der deutschen Verfassungsfrage konferiren. — Am 4. Dezember 1870 trug Ludwig II. die deutsche Kaiserkrone dem Könige von Preußen an, Wilhelm I. zum Danke, dem deutschen Volke zum Jubel.

Absolutistisch angelegt und gesinnt, bewies er seine Charaktergröße, indem er einen Schritt that, der seinem unumschränkten Hoheitsgefühl schwer fallen mußte.

Von nun an schloß er sich so viel als möglich von dem öffentlichen Leben ab, verteufte sich mehr in die Vergangenheit als in die Gegenwart und entfaltete eine reiche Wirksamkeit in der Kunst."

* Die „Kreuzztg." hält schon jetzt verschiedene **Verschärfungen des Margarinegesetzes** für die Zukunft für unerläßlich.

„Auf die Dauer, meint sie, läßt es sich nicht ertragen, daß Bäcker und Gastwirthe unbehindert mit Margarine backen und kochen, ihre Kunden aber in der Meinung belassen dürfen, daß sie Waaren erhalten, welche mit Butter zubereitet worden sind. Ein derartiges Verfahren ist nicht zulässig, ist nicht ehrlich und kann unmöglich von der Gesetzgebung stillschweigend gutgeheißen werden."

Wie urtheilt aber die „Kreuzztg." über die Landwirthe, die bei der Zubereitung der Speisen für ihre Arbeiter Margarine verwenden und diese im Glauben belassen, daß sie Speisen erhalten, die mit Butter zubereitet sind. An die Margarinefabriken tritt häufig von Landwirthen die Aufforderung heran, ihnen Margarine in Fässern zu liefern, die äußerlich nicht als Margarinefässer erkennbar gemacht sind, damit ihre Arbeiter nicht erfahren, daß die Arbeitgeber ein Verfahren belieben, das, wie die „Kreuzzeitung" mit Recht sagt, nicht zulässig und nicht ehrlich ist. Wenn also einmal die Bäcker und Gastwirthe angefaßt werden sollen, so wird man keinesfalls an den Landwirthen, die sich gleicher Handlungsweise befleißigen, vorübergehen dürfen

Hosenknöpfe und Wohlthätigkeit.

[Nachdruck verboten.] β **London**, 2. April.

Der Leser wolle entschuldigen, wenn ich ihm schon wieder vom Diamantjubiläum der Königin rede, wir stehen aber augenblicklich schon Alle im Zeichen dieses Ereignisses, welches ja erst Ende Juni stattfindet.

Daß jedes junge Mädchen schon jetzt den Jubiläumsfarthing trägt, das heißt eine kleine kupferne Münze mit dem Bildniß der Kaiserin-Königin, in deren Diadem ein kleiner Edelstein eingelassen ist, versteht sich von selbst. Wer es machen kann, läßt sich zu dem Diamantjubiläum einen Diamanten in die Münze einsetzen. Daß am Jubiläumstage jeder Hosenknopf mit dem Bilde der Königin geschmückt sein wird, ist mir heute schon keinen Augenblick zweifelhaft . . . A propos Hosenknopf. Dieser ist doch ein sehr nützliches Toilettenstück, dessen Werth man erst genügend würdigt, wenn es einem irgendwo fehlt. Der Knopf bildet die Verzweiflung des Junggesellen, er ist das Verhängniß des Soldaten. Wehe, wenn er ungeputzt oder gar abwesend. Ein Knopf ist voller Tücken und Ränke und versagt meist an den Dienst, wo man dies am wenigsten gebrauchen kann, und doch ist er auch hilfreich und gut. Er gewährt seine Dienste da, wo man ohne ihn in peinliche Verlegenheit kommen würde. Der Klingelbeutel geht des Sonntags durch die Kirche herum. Man hat nur großes oder gar kein Geld in der Tasche. Das Nicken, das konventionelle Lachen des „non possumus" ist beschämend, man sieht deutlich das höhnische Lächeln des entlaufenen Kirchengängers, denn nicht alle sind so gut wie einst Vater Jänike in Luckenwalde, der sich mit uns Jungens auf Wechselgeschäfte einließ und uns auf einen Dreier zwei Pfennige herausgab. In dem Augenblicke eines solchen Nichtzahlenkönnens oder Nichtzahlenwollens stellt sich zur Wahrung des Dekorums der Hosenknopf ein. Einige scharfe Drehungen rechts, einige nach links, und der rundliche, Geld heuchelnde Gegenstand ist in unserer Hand. Er macht das täuschende Geräusch, wenn er in die Tiefen des Klingelbeutels fällt, und befriedigt den Kirchendiener, der selbstzufrieden über unsere Opferwilligkeit heilig mit den Augen klappert. Kurios! Diese Art, sich seiner Schulden gegen die Kirche zu entledigen, ist international. Wir entnehmen das aus einer Predigt, die der verehrenswürdige Dr. Taft am vergangenen Sonntag der St. Jacobs-Gemeinde in dem Londoner Stadtviertel West Hampstead gehalten. Mehr traurig als ärgerlich erzählte er seinen Seelenpflegingen, daß ihre milden Gaben immer mehr in der Form von Hosenknöpfen gereicht würden. Die Geber seien nicht etwa unartige Kinder, denn es hätte sich eine reichhaltige Sammlung von Knöpfen in der während eines Gottesdienstes aus schließlich Erwachsener vorgenommenen Kollekte vorgefunden. Das Hineinwerfen eines Hosenknopfes ist nach des Herrn Pastors Auffassung verwerflicher als das Geben heuchelnde Versenken der leeren Hand in den Klingelbeutel, welches, wie der Geistliche bemerkte, ja auch fleißig geübt würde, wie das die kärglichen Erträge aus den Sammlungen beweisen. Für das qual- und angstvolle Drehen am Hosenknopf und für das doch unerläßliche Wiederannähen eines solchen hatte der Geistliche kein Wort des Mitleides.

Das war nicht schön . . . Nicht als Hosenknöpfe, sondern als klingende Pfunde erwies sich neulich die Sammlung, welche bei dem Feste der hiesigen deutschen Wohlthätigkeitsgesellschaft vorgenommen wurde. Mit welcher Aufopferung arbeitet aber auch der Vorstand dieser Gesellschaft daran, die Fonds zusammenzubringen, mit welchen sie das oft furchtbare Leid unserer hierher verschlagenen Landsleute zu mildern bemüht sind. Welche Anforderungen an die Kräfte dieser in selbstloser Hingabe arbeitenden Männer gestellt werden, das kann nur der beurtheilen, der einmal einer Sitzung des Ausschusses des deutschen Wohlthätigkeitsvereins beigewohnt hat. Das Loos, welches den unglücklichen Landsmann, dem die Existenzmittel ausgegangen, in dieser menschenreichen Oede, „London" geheißen, erwartet, ist furchtbar. Nicht Alle sind Schuld an ihrem Elend. Die Abneigung gegen das deutsche Element in den arbeitgebenden Kreisen hat viele deutsche Familienväter, welche früher ihr gutes Auskommen hatten, aufs Trockene gesetzt. Ohne Hilfe von außen, ohne den Beistand der Herrscher Deutschlands und Oesterreichs würde das Elend ein namenloses sein. Es wäre daher ein verdienstvolles Werk, wenn Männer in der Heimath in ihren Bekanntenkreisen von Zeit zu Zeit Sammlungen im Interesse ihrer unglücklichen Landsleute in London veranstalteten und die gesammelten Beträge dem hochverdienten Ehrensekretär der Gesellschaft, Herrn Delschaft, zuführen wollten. Das deutschjüdische Element ist, wie ich aus eigener Anschauung weiß, im Osten Londons hart bedrängt, die Wohlthätigkeitsgesellschaft giebt in schöner Erkenntniß ihrer humanitären Aufgabe ohne Ansehen der Religion. Das Unglück allein ist der traurige Freibrief, der die Börse der Gesellschaft öffnet, aber es wäre darum auch ein schönes Zeichen, wenn im